

Präsident im Wolkenkuckucksheim

Berg-Karabach Im Kaukasus strebt eine kleine Bergregion nach der Unabhängigkeit. Keiner erkennt sie an. *Von Tobias Asmuth*

Der Präsident ist zu Hause. Vor einem grauen Kasten in der Stadtmitte von Stepanakert parkt ein schwarzer Toyota Land Cruiser mit dem Nummernschild 001. Oben im zweiten Stock sitzt Bako Sahakian hinter einem Schreibtisch, auf dem vier alte Telefone stehen, und macht sich Gedanken über die Zukunft seines Landes. „Die Vereinigung mit unseren Brüdern in Armenien steht nicht zur Debatte“, erklärt der Präsident und lässt eine lange Kunstpause folgen. „Schließlich ist Berg-Karabach schon seit Jahren ein unabhängiger Staat.“ Kein Blinzeln, kein Zwinkern. Der Mann meint es wirklich ernst, auch wenn Bako Sahakian an der Spitze eines Staates steht, den es eigentlich gar nicht gibt.

Berg-Karabach bedeutet: schwarzer Garten in den Bergen. Die Region liegt an der Grenze zwischen Europa und Asien, hat knapp 140 000 Einwohner und ist ungefähr doppelt so groß wie das Saarland. 1991 hat sich das Land von Aserbaidschan unabhängig erklärt, seitdem ringt es um die Eigenständigkeit, doch der Rest der Welt nimmt davon kaum Notiz.

Am Amtssitz des Präsidenten fehlen die üblichen diplomatischen Aufmerksamkeiten aus aller Welt: In den Ecken stehen weder chinesische Vasen noch Schnitzereien aus Afrika, in den Gängen liegen keine Teppiche aus dem Iran, nicht einmal eine Matroschka aus Russland ziert das Präsidentenzimmer.

„Wir werden anerkannt. Irgendwann.“

Georgy Petrosian, Außenminister

Aber Bako Sahakian überreicht ein Gastgeschenk: eine Armbanduhr, auf deren Zifferblatt die Nationalflagge und das Staatswappen – ein Adler im Sonnenkranz – prangen. Es sind die Insignien eines Landes, das ohne die Unterstützung der Brüder aus Armenien nicht existieren würde. Die Menschen in Stepanakert zahlen mit armenischen Dram, sie besitzen armenische Reisepässe, und sie fahren Autos mit armenischen Nummernschildern.

Nun könnte die Staatengemeinschaft die Wünsche von Bako Sahakian mit einem Achselzucken abtun, wenn sein Land nicht in einer der konfliktreichsten Regionen der Erde liegen würde: dem Kaukasus. Hier liefern sich Amerika, Europa und Russland ein Wettrennen um die Energiereserven, und hier machen sich verschiedene Völker gegenseitig das Leben zur Hölle. Das hat erst das vergangene Jahr gezeigt, als sich Georgien mit der abtrünnigen Provinz Südossetien einen Krieg lieferte.

Zur Zeit der Sowjetunion war Berg-Karabach eine autonome Region der Sowjetrepublik Aserbaidschan, in der mehr Armenier als Aserer lebten. Als sich Aserbaidschan und das benachbarte Armenien 1991 für unabhängig erklärten, brach ein blutiger Streit aus. Die Armenier in Berg-Karabach wollten nicht länger zu Aserbaidschan gehören. Armenische Truppen und Aufständische aus Berg-Karabach drängten die aserbaidschanische Armee zurück. Es gab 30 000 Tote und eine Million Flüchtlinge, 1994 wurde auf Vermittlung Russlands ein Waffenstillstand geschlossen. Armenien aber annektierte Berg-Karabach nicht, es befürchtete neue Kämpfe.



Entspannung beim Damespiel im Unterstand – aber immer wieder kommt es zu Gefechten, die auch Tote fordern.

Foto: Asmuth

Und so reifte in den Köpfen einiger Leute in Stepanakert der Gedanke, ein eigener Staat sein zu wollen. Heute befindet sich der Landstrich in einer verfahrenen Situation. Seit einiger Zeit droht Aserbaidschan, man werde die Sache selbst in die Hand nehmen, wenn nicht eine Lösung für Berg-Karabach gefunden werde. Sicherheitsexperten glauben, dass der Konflikt die nächste Bombe sein wird, die im Kaukasus hochgeht.

„Wir wollen keinen Krieg mit Aserbaidschan, aber wir fürchten uns auch nicht davor“, sagt Georgy Petrosian. Der Außenminister Berg-Karabachs empfängt in seinem Arbeitszimmer zum Gespräch, das ein an die Wand genagelter vergoldeter Adler mit strengem Blick überwacht. Petrosian kommt ins Plaudern, er hat Zeit. Als Außenminister hat er noch nie in Moskau, Paris oder Washington auf einem roten Teppich eine Ehrenformation abgesehen.

Kein Staat der Erde hat Berg-Karabach bisher anerkannt. Petrosians Ministerium unterhält daher Kontakte zur Organisation der nicht repräsentierten Nationen und Völker (UNPO), in der sich so unterschiedliche Ethnien wie australische Aborigines, die Hmong aus Laos oder ukrainische Krimtataren zusammengeschlossen haben. Berg-Karabach aber gehört nicht zum

Kreis der 57 UNPO-Mitglieder. Denn es gebe ja schon ein Armenien, argumentieren die Vertreter von UNPO. Das Land wirkt wie ein entfernter Verwandter, der bei jedem Familientreffen stört. So viel Außenzeiternut erzeugt Trotz. „Wir werden anerkannt. Keine Frage“, sagt Petrosian. Und wann? „Irgendwann.“

Bis dahin ist die wichtigste Aufgabe des Außenministers, Kontakte zu den knapp sieben Millionen Armeniern im Ausland zu pflegen. Die Diaspora überweist jedes Jahr Millionen von Dollar in den Kaukasus. Noch vor wenigen Jahren war Stepanakert eine zerstörte Stadt, heute sind die Ruinen abgeräumt, Kräne drehen sich, es wird überall gebaut. Ein Armenier aus den USA hat das neue Kinderkrankenhaus finanziert, ein anderer aus der Schweiz ein staatliches Hotel, dreimal so groß wie das benachbarte Parlament.

Davor liegt der Platz der Armenischen Wiedergeburt, über den Schüler in Uniformen toben und Paare flanieren. Die Laternenmasten sind mit blauen, roten und aprikosenfarbenen Fähnchen geschmückt, den Farben der Landesflagge. Die Stadt feiert den Stepanakert Day. Auf einer Bühne wird getanzt, aus den Lautsprechern dröhnt Ethno-Pop: Karabach, Karabach, schöne Heimat, unsere Liebe!

Nur ein paar Hundert Meter entfernt sitzt Movses Hacopian hinter den hohen

Zäunen seiner Kaserne, an deren Wänden der Helden des Krieges in Versen gedacht wird, und reißt markige Sprüche. „Es ist nicht gut, dass Aserbaidschan so viel Geld aus dem Ölgeschäft für neue Waffen ausgibt“, sagt der General, der sich als Verteidigungsminister Berg-Karabachs vorstellt. „Andererseits kaufen sie die modernen Panzer auch für uns, weil wir sie ihnen im Krieg nämlich abnehmen werden.“

Der Verteidigungsminister lädt zum Truppenbesuch ein. Die Fahrt dauert nicht lange, die Waffenstillstandslinie liegt etwa 30 Kilometer von Stepanakert entfernt. Die Straßen sind gesäumt von Häuserruinen und Panzerwracks. Der Militärlaster hält vor einem Loch in einem Erdwall. Es ist der Eingang in ein verzweigtes System aus Schützengräben und Erdbunkern. In einem Unterstand spielen zwei Soldaten Dame, bis ein Pfiff die Stille zerreißt und Hektik ausbricht. Soldaten greifen nach Maschinengewehren und Munitionsgürteln, nehmen die knapp 200 Meter entfernten aserbaidschanischen Stellungen ins Visier. „Wir trainieren täglich, die Soldaten müssen wachsam sein“, sagt der Offizier Senor Hasatyan. „Leider kommt es immer wieder zu Schießereien, dabei gibt es auch Tote.“ Dabei sei der Konflikt doch eigentlich gelöst, findet Hasatyan: „Berg-Karabach hat gewonnen.“

Völkerrechtler sehen die Lage differenzierter: Beide Seiten müssten abrüsten, Vertrauen schaffen, bevor Verhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan beginnen könnten. Vielleicht werde Berg-Karabach am Ende ein Teil Armeniens oder eine autonome Provinz in Aserbaidschan sein. Die Chancen für einen unabhängigen Staat aber sind gering.

Für die Rekruten, die in ihre Unterstände zurückkehren, ist das offenbar weniger schlimm. Einige kommen aus Eriwan, der Hauptstadt Armeniens, und haben es als patriotische Pflicht zu betrachten, an der Front zu Aserbaidschan ihren Militärdienst abzuleisten. Auf die Frage, was sie von Präsident Sahakians Idee mit der Unabhängigkeit halten, antworten sie, sie hätten von dem Mann noch nie gehört.

Die Taliban können warten

Truppenabzug Der afghanische Präsident wird am Ende ohne ausländische Truppen auskommen müssen. *Von Dieter Fuchs*

Allenthalben ist nun die Rede von einer Übergangszeit in Afghanistan. Die Verbündeten sind sich einig, dass der Abzug vorangetrieben werden muss. Präsident Karsai hat ohnehin den Glauben an den Westen schon verloren. Eher fürchtet er, von den Nato-Staaten noch aus dem Palast geworfen zu werden, als dass ihm die Nato noch nützlich sein könnte. Karsai setzt auf die Kriegsfürsten als Verbündete, der Westen darauf, dass ein Abzugstermin zumindest in den Entscheidungsländern eine sicherheitspolitische Atempause ermöglicht. Mit der Situation in Afghanistan hat das Ganze wenig zu tun.

Die Abzugsdebatte setzt just in dem Augenblick ein, da die Sicherheitslage so schlecht ist wie seit 2001 nicht mehr. Es gibt derzeit keine Anzeichen dafür, dass sich der Trend nach unten im nächsten Jahr umkehren wird. Die afghanischen Sicherheitskräfte sind in einem jämmerlichen Zustand, die Anstrengungen des Westens in diesem Punkt bleiben unter dem Notwendigen. Ein effektiver Kampf gegen Korruption ist von Karsai nicht zu erwarten, denn der würde letztlich seine politischen Bündnisse schwächen. Völlig offen ist auch, wie sich die ökonomischen Verhältnisse in dieser prekären Lage verbessern sollen. Die Taliban brauchen nur abzuwarten, bis ihnen das afghanische Volk die Macht wieder freiwillig gibt.

Atlanten

Haftprüfung Im Verfahren gegen Verena Becker wird der Staat von alten Fehlern eingeholt. *Von Stefan Geiger*

Wer der Teilnahme an einem Mord dringend verdächtig ist, bleibt üblicherweise bis zur Gerichtsverhandlung in Untersuchungshaft. Das ist so, weil wegen der zu erwartenden Strafe die Fluchtgefahr besonders groß ist. Selbst Greise, die heute auf ihren Strafprozess warten wegen Taten, die sie während der Nazidiktatur begangen haben sollen, bleiben in Untersuchungshaft – obwohl die schon wegen ihres Alters kaum noch davonlaufen könnten. Weshalb sollte es bei der RAF-Terroristin Verena Becker anders sein?

Verena Becker befindet sich in Untersuchungshaft, weil sie verdächtigt wird, 1977 an der Ermordung des Generalbundesanwalts Buback beteiligt gewesen zu sein. Sie hat nun Antrag auf Haftprüfung gestellt. Das wäre in vergleichbaren Fällen keiner Nachricht wert. Drei Sachverhalte aber, für die der Staat verantwortlich ist, unterscheiden den Fall Becker von anderen: Nach der Ermordung Bubacks sind die Ermittlungen gegen sie zunächst allzu schnell eingestellt worden. Becker hat damals mit dem Verfassungsschutz kooperiert. Sie ist damals wegen einer anderen Gewalttat zu lebenslanger Haft verurteilt und 1989 begnadigt worden. Wäre ihr rechtzeitig der Prozess auch wegen der Ermordung Bubacks gemacht worden, sie wäre längst wieder frei. Deshalb hat ihr Antrag besonderes Gewicht. Auch ein Staat hat für seine Fehler einzustehen.

Unten rechts

Ersatztherapie

Ob dieses Land schon jetzt oder irgendwann oder überhaupt nie genug Impfdosen gegen diese Grippe hat, von der wir nicht einmal wissen, ob wir sie Schweinegrippe oder besser Neue Grippe nennen sollen, vermag nicht einmal die Bundeskanzlerin zu sagen. Obwohl: Frau Merkel soll immerhin schon geimpft sein. Dabei ist Frau Merkel weder Feuerwehrmann noch Krankenschwester. Egal, jedenfalls ist sie jetzt noch weiter immunisiert als zuvor, was in der Politik grundsätzlich nicht schaden kann. Ob Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler, der selbst Mediziner ist, inzwischen gar nicht, nur gegen die Herbstgrippe oder auch schon gegen die Schweinegrippe – dabei bleiben wir nun, Neue Grippe klingt irgendwie allzu frisch-innovativ – geimpft ist, darüber schweigt das Gesundheitsministerium.

Am Ende müssen all die Rösler zu Zwiebeln und Knoblauch greifen – 25 Gramm Zwiebeln und 15 Gramm Knoblauch. Täglich. So wie die Soldaten in Moldawien. In Moldawien haben sie offenbar auch keinen Impfstoff, deshalb die Ersatztherapie mit Zwiebeln und Knoblauch. Wer will da noch Berufssoldat werden? Bei der Bundeswehr werden sie froh sein, dass der Wehrdienst verkürzt wird. Und selbst das Ende einer Legislaturperiode ist absehbar, obwohl sie gerade erst begonnen hat. *Heinz Beekmans*

Der Landesvater lässt klatschen für die Wiederwahl

Rumänien Traian Basescu will wieder Staatspräsident werden. Kritiker werfen ihm Amtsmissbrauch vor. *Von Thomas Roser*

Basescu kämpft für Dich“ verkündet auf dem Marktplatz von Sibiu (Hermannstadt) ein über die Bühne gespanntes Banner. Die Musik spielt, eine Sängerin schmettert eingängige Weisen, die vom Publikum in den orangefarbenen Regenmänteln mitgesungen werden. Politik interessiert ihn nicht, und zu Präsident Traian Basescu habe er keine Meinung, gesteht ein aus dem 70 Kilometer entfernten Albia Iulia angereicherter Familienvater. „Aber es ist doch ein netter Ausflug. Und die Fahrt wird bezahlt.“

Wahlkampf in Rumänien: aus ganz Transsilvanien (Siebenbürgen) hat die konservative PDL in endlosen Buskolonnen Tausende von Wählern zur Unterstützung von Basescu nach Sibiu gekarrt. Nicht nur die Gaben der Partei, sondern auch „ein gewisser Druck“ der Gemeindeverwaltungen hätten die Beschäftigten in die Busse getrieben, sagt ein Student. „In der Provinz wird geschaut, wer mitfährt – und wer nicht. Niemand will seinen Job riskieren.“

Im Zeichen der Wirtschaftskrise und politischer Dauerturbulenzen steigt am Sonntag Rumäniens Präsidentenwahl. Zwar liegt

der frühere Kapitän zur See Basescu vor dem ersten Wahlgang in den meisten der stark voneinander abweichenden Umfragen mit rund einem Drittel der Stimmen knapp vor seinem sozialdemokratischen Konkurrenten Mircea Geoana (PSD) und Crin Antonescu von der nationalliberalen PNL. Doch obwohl dem 58-Jährigen zumindest der Einzug in die Stichwahl am 6. Dezember sicher scheint, gilt seine Wiederwahl als ungewiss. Mit seiner polarisierenden Amtsführung, seinen dynastischen Neigungen und mit verfassungsrechtlich umstrittenen Winkelzügen hat der ehemalige Bürgermeister von Bukarest auch bei einigen Sympathisanten Kredit verspielt.

Zwar sind auch die meisten der Gegenkandidaten in unzählige Skandale verwickelt, aber das Ansehen des Staatsoberhauptes ist stark beschädigt. Der Missbrauch des Parteiapparats bei der Kür seiner Tochter Elena zur Europaparlamentarierin bescherte ihm den Vorwurf der Vetternwirtschaft. Und seine Rolle bei der Einrichtung geheimer CIA-Gefängnisse in Rumänien ist ungeklärt. Seine Anhänger sehen den Präsidenten als Garanten für die demokra-

tische Entwicklung des Landes. Basescu komme mit niemandem gut aus – nicht mal mit sich selbst, spotten seine Kritiker. Zunächst hatte der konfliktfreundige Staatsoberhaupt sich 2007 mit den einstigen Partnern von der PNL überworfen, dann hatte er das absehbare Scheitern der wackligen Koalition der ihm nahestehenden PDL mit der PSD beschleunigt. Der Präsident müsse laut Verfassung über den Parteien stehen, „Schiedsrichter sein und nicht Teil des Spiels“, sagt der Bukarester Politikprofessor Christian Pirvulescu. „Basescu muss



Traian Basescu in Sibiu

Foto: AFP

braucht seine Macht“, so Pirvulescu, der Chef des Verbands Pro Democratia ist.

Die Basescu-Sprechchöre auf dem Marktplatz in Sibiu steigern sich zum Orkan, als der Präsident den Laufsteg vor der Bühne betritt. Regen setzt ein, Schirme werden aufgespannt – der Kandidat zieht seine Windjacke aus. „Kräfte in den Medien“ agierten gegen ihn, klagt Basescu mit heiserer Stimme. „Die Oligarchen wollen nicht, dass wir ihnen in die Quere kommen, denn sie merken, dass sie nicht mehr so freies Spiel haben wie früher.“ Das Schiff Rumänien sei in einen Sturm geraten, verkündet der nassgeregnete Exkapitän, „aber ich kann versichern, dass am Steuerrad ein Mann mit fester Hand steht“.

Doch ein Heimspiel hat Basescu in Sibiu nicht. Viele Bewohner verübeln es ihm, dass er die von einer Parlamentsmehrheit unterstützte Nominierung des deutschstämmigen Bürgermeisters Klaus Johannis zum parteilosen Übergangspräsidenten verhindert hat. Er schätze Herrn Johannis, versichert auf dem Podium der Wahlkämpfer Basescu, „doch der Präsident ist der Einzige, der den Premier auswählt – nicht die Opposition“. Der Staatspräsident habe ein neues Spiel erfunden, kommentiert die „Hermannstädter Zeitung“: „Land sucht Premierminister, Landesvater sucht Gründe, um ihn nicht zu nominieren.“